

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
am Donnerstag, 09.11.2023,
Rittersaal, Altes Rathaus Arnsberg, Alter Markt 19, 59821 Arnsberg

Beginn: 17:40 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Anwesend

Ausschussvorsitzender

Schmidt, Christoph

Ausschussmitglied

Arns, Marion

Bordieck, Florian

Dietzel, Frank

bis 19:15 Uhr, TOP 4.3

Hillebrand, Christoph

Humpe, Klaus

Mörchen, Henning

Neuhaus, Frank

Niemand, David

Peters, Michael

ab 17:55 Uhr, TOP 3.1

Prachtel, Markus

Vertreter für Helbing, Peter

Schulte, Rupert

Vollmer-Lentmann, Julia

abwesend

Bittner, Martin

Helbing, Peter

Hunke, Matthias

Marks, Dieter

Schriftführung

Gerte, Guido

Fachdienstmitarbeiter 4.1

Vertreter:innen der Verwaltung

Ackermann, Eleni
Baumeister, Annette
Berting, Lukas
Feindt-Pohl, Doris

John, Michael
Miller, Gernot
Dr. Plass, Birgitta
Röbke, Michaela
Schmidt, Ralf
von Kuczkowski, Esther

Fachdienstmitarbeiterin 4.1
Fachdienstmitarbeiterin 1.6
Fachdienstmitarbeiter 4.2
Behindertenbeauftragte Fachdienstmitarbeiterin
3.9 G 3
Dezernatsleitung 3 und Jugendamtsleitung
Geschäftsführung wfa
Dezernatsleitung 4 / Fachdienstleitung 4.2
Dezernatsleitung 4 / Fachdienstleitung 4.1
Fachdienstleitung 6.1
Dezernatsleitung 2

TAGESORDNUNG

- Übersicht -

Seite:

1.	Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder, der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	5
2.	Äußerungen zur Niederschrift über die letzte Ausschusssitzung vom 05.09.2023	5
3.	Stadtentwicklung	5
3.1	Demografieplan 2023 hier mündlicher Bericht der Verwaltung	5
3.2	192/2023 Entwicklung der Gewerbe- und Industrieflächen im Stadtgebiet Arnsberg hier: Untersuchung der Flächenpotentiale in den Bestandsgebieten	6
3.3	161/2023 Stadtumbaugebiet Hüsten: Änderungen und Ergänzungen des Integrierten Handlungskonzepts vom 05.11.2015	6
3.4	Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes für das Gebiet der Erhaltungssatzung Alt-Arnsberg auf Grundlage der neuen Städtebauförderrichtlinie Nordrhein-Westfalen 2023 hier: schriftliche Information der Verwaltung	6 - 7
3.5	168/2023 Anerkennung des Stadtteils Arnsberg als staatlich anerkannter Erholungs-ort, hier: Beschluss über die Einleitung des Verfahrens	7
3.6	199/2023 Nationalpark Arnsberger Wald - Stellungnahme und Bericht über das wei-tere Vorgehen	7
	199/2023 1. Ergänzung Nationalpark Arnsberger Wald - Stellungnahme und Bericht über das wei-tere Vorgehen Hier: Beschluss zur Einreichung einer Interessenbekundung	7
4.	Hochbau / Grünflächenmanagement	7
4.1	186/2023 Handlungskonzept Schulentwicklungsplanung Arnsberg: Zwischenbericht der Umsetzungsstände	7 - 8
4.2	175/2023 Konzept Waldspielplatz Neheim-Rusch / Bolzplatz Königsbergstraße -Anregung nach § 24 GO NW	8
4.3	Sanierung des Rathauses - klimaneutral und offen hier: mündliche Information der Verwaltung	8

4.4	Oeventrop "Leben & Lernen" Das Schulareal Dinschede als "Neue Mitte" Oeventrops hier: schriftliche Information der Verwaltung	8 – 9
5.	Bauleitplanung	9
5.1	145/2023 Durchführung der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung	9 – 10
6.	Stand des Antrags auf Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes Heinrich-Lübke-Straße 16 im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Stadtbezirk Hüsten hier: Anfrage von Ausschussmitglied Henning Mörchen	10

I. Öffentlicher Sitzungsteil

TAGESORDNUNG

1. Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder, der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Christoph Schmidt stellt die anwesenden Ausschussmitglieder, die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Am Ende des öffentlichen Teils richtet Ausschussmitglied Henning Mörchen eine Anfrage an die Verwaltung, die als TOP

6. Stand des Antrags auf Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes Heinrich-Lübke-Straße 16 im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Stadtbezirk Hüsten
hier: Anfrage von Ausschussmitglied Henning Mörchen
-

Bestandteil der Tagesordnung wird.

Die Nummerierung der Punkte im nichtöffentlichen Teil wird dementsprechend angepasst.

2. Äußerungen zur Niederschrift über die letzte Ausschusssitzung vom 05.09.2023

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift über die Ausschusssitzung vom 05.09.2023 werden keine Einwendungen erhoben.

3. Stadtentwicklung

3.1 Demografieplan 2023 hier mündlicher Bericht der Verwaltung

Im Vorfeld der Sitzung wurde den Mitgliedern des Planungs- und Bauausschusses zu diesem Punkt die Berichtsvorlage Drs. 93/2023 zur Verfügung gestellt, in der der Demografiebericht 2023 des Dezernats 3 dargestellt wird.

Herr John informiert zunächst über den Hintergrund der Prognose für den Demografiebericht 2023 und verdeutlicht deren Berechnung sowie die hierfür notwendigen Parameter und die Rahmenbedingungen (z. B. Auswirkungen der Corona-Pandemie). Er geht danach auf die Ergebnisse und die berechneten Varianten ein, bei denen immer von einer negativen Bevölkerungsentwicklung Arnbergs auszugehen ist. Beispielhaft macht er dabei die Auswirkungen auf die Altersgruppe der Kinder unter 6 Jahren deutlich.

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt sieht in der Entwicklung evtl. auch einen Trend auf Bundesebene und in anderen europäischen Staaten. Arnberg könne hieran im ersten Augenblick nicht viel ausrichten, müsse sich aber auf diese Entwicklung einstellen und die Zahlen berücksichtigen.

Der Planungs- und Bauausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

3.2 192/2023 Entwicklung der Gewerbe- und Industrieflächen im Stadtgebiet Arnsberg hier: Untersuchung der Flächenpotentiale in den Bestandsgebieten

Frau Dr. Plass erläutert den Hintergrund für die Vorlage und die Untersuchung der Flächenpotentiale. Sie weist dabei auf die laufende 17. Änderung des Regionalplans Arnsberg, räumlicher Teilbereich Kreis Soest und Hochsauerlandkreis, als Voraussetzung für die Schaffung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen u. a. in Arnsberg hin. Bei einem Beschluss dieser 17. Regionalplanänderung durch den Regionalrat, so Frau Dr. Plass weiter, können die entsprechenden Flächen auf kommunaler Ebene im Rahmen der Bauleitplanung konkret entwickelt werden.

Danach betont Herr Miller zunächst die Bedeutung der Entwicklung zusätzlicher Gebiete, allerdings hebt er auch deren Endlichkeit hervor. Er berichtet sodann über die Nachfrage nach Gewerbeflächen insbesondere im westlichen Stadtgebiet. So konnten z. B. die Grundstücke im Gewerbegebiet Gut Nierhof bereits komplett vermarktet werden. Unternehmen aus dem westlichen Stadtgebiet zeigen allerdings wenig Interesse an den Gewerbegebieten. Zu den Werkstätten in Arnsberg oder Wildshausen in Oeventrop. Vor diesem Hintergrund sieht Herr Miller die Untersuchung der Flächenpotentiale in den Bestandsgebieten als Herausforderung an, da sich z. B. diese Flächen im Privatbesitz befinden. Für eine mögliche Hebung dieser Potentiale ist die Untersuchung jedoch zwingend erforderlich.

Nach Beantwortung von Fragen durch Frau Dr. Plass und Herrn Miller nehmen die Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses die Berichtsvorlage und die ergänzenden Ausführungen zur Kenntnis.

3.3 161/2023 Stadtumbaugebiet Hüsten: Änderungen und Ergänzungen des Integrierten Handlungskonzepts vom 05.11.2015

Zunächst führt Frau Rübke kurz in die Thematik ein und weist darauf hin, dass die Vorlage aufgrund einer Terminverschiebung noch durch den Bezirksausschuss Hüsten in seiner Sitzung am 16.11.2023 behandelt wird. Frau Ackermann macht danach deutlich, dass Änderungen und Ergänzungen im Integrierten Handlungskonzept zur Anpassung an die Sachstände vorgenommen werden. Darüber hinaus ist die Neufassung der Förderrichtlinie "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" in Nordrhein-Westfalen bei den laufenden Projekten zugrunde zu legen, was dementsprechend eine Priorisierung oder den Wegfall von Maßnahmen nach sich ziehen muss.

Im Anschluss empfehlen die Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses einstimmig den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur weiteren Beratung:

Der Rat der Stadt Arnsberg beschließt

1. die Änderungen und Ergänzungen des Integrierten Handlungskonzeptes für das Stadtumbaugebiet Hüsten (InHK) gem. der rechten Spalte (Stand September 2023) der Synopse zum InHK (Anlage 2 der Beschlussvorlage)
2. die Verwaltung mit der Ausarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zu betrauen und über den Sachstand und Änderungen in politischen Gremien zu berichten.

3.4 Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes für das Gebiet der Erhaltungssatzung Alt-Arnsberg auf Grundlage der neuen Städtebauförderrichtlinie Nordrhein-Westfalen 2023 hier: schriftliche Information der Verwaltung

Frau Rübke geht zu Beginn anhand der schriftlichen Information auf die Neufassung der Förderrichtlinie "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" in Nordrhein-Westfalen und den Hintergrund für die Änderungen ein. Diese sollen insbesondere der Vereinfachung der Verfahren, der Beschleunigung

der Umsetzung der Maßnahmen sowie dem Abbau und der zukünftigen Vermeidung der Bildung von Ausgaberechten dienen. Sie verdeutlicht vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, das Gebiet der Erhaltungssatzung in 2 Förderbereiche zu unterteilen. Konkret soll in einem 1. Schritt eine Förderung für die Umsetzung von Maßnahmen im Kernbereich entlang der Achse "Historie und Kultur" beantragt werden.

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt begrüßt die Absicht aus der neuen Förderrichtlinie, Projekte schneller durchführen zu wollen.

Die Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

3.5 168/2023 Anerkennung des Stadtteils Arnsberg als staatlich anerkannter Erholungsort, hier: Beschluss über die Einleitung des Verfahrens

Frau Baumeister erläutert auf Basis der Beschlussvorlage den Hintergrund für die beabsichtigte Antragstellung zur Anerkennung des Stadtteils Arnsbergs als Erholungsort und die hierfür zu erfüllenden Voraussetzungen. Sie macht deutlich, dass der Titel "Staatlich anerkannter Erholungsort" Arnsberg als Tourismusstandort weiter stärken kann. Danach beantwortet Frau Baumeister Fragen der Ausschussmitglieder insbesondere zur Abgrenzung der Titel "Erholungsort", "Luftkurort" und "Kurort".

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt hält eine mögliche Anerkennung Arnsbergs als Erholungsort für eine erfreuliche Entwicklung bei einem geringen finanziellen Mitteleinsatz für die Beantragung.

Sodann empfiehlt der Planungs- und Bauausschuss einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag zur weiteren Beratung:

Der Rat der Stadt Arnsberg beschließt, das Verfahren zur Anerkennung des Stadtteils Arnsberg als Erholungsort gemäß § 17 KOG NRW einzuleiten.

3.6 199/2023 Nationalpark Arnsberger Wald - Stellungnahme und Bericht über das weitere Vorgehen

und

199/2023 1. Ergänzung Nationalpark Arnsberger Wald - Stellungnahme und Bericht über das weitere Vorgehen Hier: Beschluss zur Einreichung einer Interessenbekundung

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt sieht noch Informationsbedarf im Hinblick auf diese Thematik. Er schlägt vor, die Vorlagen nicht in dieser Sitzung zu behandeln, sondern zur Beratung in die Sitzung des Rates zu verweisen.

Diesem Vorschlag schließen sich die Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses einmütig an.

4. Hochbau / Grünflächenmanagement

4.1 186/2023 Handlungskonzept Schulentwicklungsplanung Arnsberg: Zwischenbericht der Umsetzungsstände

Frau von Kuczowski berichtet anhand der Vorlage über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Handlungskonzept. Sie geht dabei auch auf die teilweise aus der betroffenen Elternschaft geäußerte Kritik an der Bildung eines Grundschulzentrums für die Grundschulen Rote Schule und Graf-Gottfried-Schule in Neheim und der Aufgabe des Schulstandorts an der Mendener Straße

ein. Anschließend beantworten Frau von Kuczowski und Frau Röbbke Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Planungs- und Bauausschuss nimmt die Berichtsvorlage und die Ausführungen hierzu zur Kenntnis.

4.2 175/2023 Konzept Waldspielplatz Neheim-Rusch / Bolzplatz Königsbergstraße -Anregung nach § 24 GO NW

Herr Ralf Schmidt informiert über den vorgesehenen Abbau des Spielplatzes an der Straße Litauenring und das Konzept zur Errichtung einer zentralen Spielfläche (Waldspielplatz) an der Grundschule Müggenberg-Rusch. Die Fläche des an der Schule bestehenden Bolzplatzes, so Herr Schmidt weiter, könnte dabei in den Waldspielplatz einbezogen und der Bolzplatz an der Königsbergstraße reaktiviert werden (Alternative 1 des Beschlussvorschlages). Bei Alternative 2 würde der Bolzplatz an der Schule erhalten bleiben, wodurch eine Reaktivierung der Fläche an der Königsbergstraße nicht notwendig wäre, und der Quartiersplatz an der Straße Zum Müggenberg u. a. mit der Schaffung eines Spielangebots für Kinder bis zum Grundschulalter aufgewertet werden. Danach geht Herr Schmidt auf die Anregung vom 18.06.2023 von Anlieger*innen des Bolzplatzes an der Königsbergstraße, auf dessen Reaktivierung zu verzichten, und ein ergänzendes Schreiben als Eilantrag vom 30.10.2023 ein. Das ergänzende Schreiben wurde noch im Vorfeld dieser Sitzung verteilt und wird als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt. Herr Schmidt berichtet abschließend über die Beratung dieses Themas in der Sitzung des Bezirksausschusses Neheim am 25.10.2023, der sich für die Alternative 1 ausgesprochen hat, und über ein früheres Schreiben des Sprechers der Anlieger*innen für den Erhalt des Bolzplatzes an der Königsbergstraße.

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt lässt sodann über eine Empfehlung im Hinblick auf den Beschlussvorschlag abstimmen. Einstimmig empfehlen die Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses die Alternative 1 und somit den nachfolgenden Beschluss zur weiteren Beratung:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt

Alternative 1: Waldspielplatz und Reaktivierung Bolzplatz Königsstraße.

4.3 Sanierung des Rathauses - klimaneutral und offen hier: mündliche Information der Verwaltung

Frau Röbbke berichtet mithilfe einer Präsentation, die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigelegt ist, und eines Films über den aktuellen Stand des Projekts. Sie verdeutlicht dabei die laufende Altlastensanierung und den derzeit bekannten Umfang der Kontaminationen, die Bauarbeiten am Flachtrakt und die Betoninstandsetzungsarbeiten am Hochtrakt. Anschließend stellt sie die nächsten Schritte dar und weist darauf hin, dass 2/3 der für die Umsetzung notwendigen Ausschreibungen bereits erfolgt sind.

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt betont, dass mit dem Innenausbau noch eine große Maßnahme innerhalb des Sanierungsprojekts anstehe. Leider sei die Frage der Ausbreitung der Altlasten noch nicht abschließend geklärt. Bei den entsprechenden Arbeiten sei aber die Sicherheit der beteiligten Menschen sehr wichtig.

Die Ausführungen werden von den Mitgliedern des Planungs- und Bauausschusses zur Kenntnis genommen.

4.4 Oeventrop "Leben & Lernen" Das Schulareal Dinschede als "Neue Mitte" Oeventrops hier: schriftliche Information der Verwaltung

Frau Röbbke geht anhand der schriftlichen Information auf den Sachstand ein. Dabei berichtet sie insbesondere über den erfolgten Abbruch des Gebäudes der Alten Knabenschule, die Vermessung

des Geländes für die neue Kindertagesstätte und die Errichtung der Bodenplatte für dieses Gebäude sowie die Verlegung und den Neubau eines Abwasserkanals, der über das Areal verläuft. Ergänzend teilt sie mit, dass 19 Angebote im Zuge der Ausschreibung der Objektplanungsleistung für den Neubau der Grundschule mit Bürgerzentrum bis zur Submission am 31.10. eingegangen sind und nun geprüft werden.

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt bittet um Übermittlung der Pläne für den Neubau des Gebäudes der Kindertagesstätte. Er spricht sich für den Erwerb der benachbarten Immobilie "Gasthof Dicke" und der Einbeziehung dieses Grundstücks in die weitere Planung des Schulareals aus. Frau Rübke betont, dass über einen Ankauf schon Gespräche geführt worden sind. Das Gebäude, so Frau Rübke weiter, steht nicht unter Denkmalschutz, wird möglicherweise aber von der Bevölkerung als ortsbildprägend eingeschätzt. Ausschussmitglied Prachtel regt abschließend einen entsprechenden Antrag des Bezirksausschusses Oeventrop an die Verwaltung in Bezug auf die Frage des Erwerbs der Immobilie "Gasthof Dicke" an.

Die Information und die ergänzenden Ausführungen werden vom Planungs- und Bauausschuss zur Kenntnis genommen.

5. Bauleitplanung

5.1 145/2023 Durchführung der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung

Ausschussvorsitzender Christoph Schmidt stellt noch einmal die Notwendigkeit der Durchführung dieses Änderungsverfahrens heraus. Er betont, dass das Verfahren nun zum Abschluss gebracht werden müsse, um an anderen Stellen Kapazitäten für die Entwicklung von Wohnbauflächen zu schaffen.

Herr Berting erläutert im Anschluss den Hintergrund für die erneute öffentliche Auslegung. Er verdeutlicht dabei die vorgenommenen Änderungen in den Teilgebieten 3 und 5 und die Einbeziehung einer Fläche in Müschede, die als neues Teilgebiet 4 geführt wird. Danach beantworten Frau Dr. Plass und Herr Berting Fragen zum weiteren Verfahren und zur Beteiligung der betroffenen Eigentümer*innen.

Ausschussmitglied Christoph Hillebrand spricht sich für eine Beibehaltung des neuen Teilgebiets 4 in Müschede und des Teilgebiets 7 in Wennigloh aus. Er weist auf das Interesse der Eigentümer*innen der Grundstücke im Teilgebiet 4 hin, an dieser Stelle Bauland zur Verfügung stellen zu wollen, und bemängelt, dass die Verwaltung mit den Eigentümer*innen hierüber bisher nicht gesprochen hat. Vor diesem Hintergrund schlägt Herr Hillebrand vor, dem Beschlussvorschlag nur bei Beibehaltung der Teilgebiete 4 und 7 zu zustimmen.

In der sich anschließenden weiteren Diskussion vertreten Herr Hillebrand und Ausschussmitglied Julia Vollmer-Lentmann die Auffassung, die angesprochenen Teilgebiete 4 und 7 bei der erneuten Offenlegung auszuklammern und die Wohnbauflächendarstellung beizubehalten. Frau Dr. Plass und Herr Berting weisen demgegenüber auf die Möglichkeit hin, dass Eigentümer*innen ihre Anregungen im Zuge der erneuten Offenlegung vorbringen können, die durch die Verwaltung abzuwägen sind. Wenn die Verwaltung beim Beschluss über die 30. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Abwägung empfiehlt, Anregungen nicht zu folgen, betont Frau Dr. Plass weiter, muss sich der Rat den entsprechenden Abwägungsempfehlungen nicht anschließen und kann sich damit auch für eine Beibehaltung der Teilgebiete entscheiden. Um das Verfahren zum Abschluss zu bringen, sollte aber möglichst eine weitere erneute Offenlegung vermieden werden.

Ausschussmitglied David Niemand gibt seinem Unverständnis im Hinblick auf die Diskussion Ausdruck. Er stellt auch die Möglichkeit der Eigentümer*innen heraus, Anregungen im Rahmen der Offenlegung zu formulieren, auf die die Verwaltung eingehen müsse. Hierfür sei dieser Verfahrensschritt gedacht.

Zum Abschluss lässt Herr Schmidt zunächst über den unveränderten Beschlussvorschlag aus der Vorlage abstimmen.

Der Planungs- und Bauausschuss beschließt daraufhin bei 2 Gegenstimmen (Ausschussmitglieder Christoph Hillebrand und Markus Prachtel) und einer Enthaltung (Ausschussmitglied Julia Vollmer-Lentmann) mehrheitlich:

1. die Stellungnahmen der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Entwurf der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Arnsberg mit Begründung einschließlich Umweltbericht vom 24.08.2023 gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB erneut auf die Dauer von 14 Tagen begrenzt und auf die geänderten und ergänzten Teile beschränkt – öffentlich auszulegen.

Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses erübrigt sich eine Abstimmung über den Änderungsvorschlag von Herrn Hillebrand.

6. Stand des Antrags auf Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes Heinrich-Lübke-Straße 16 im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Neubau des Feuerwehrrätehauses im Stadtbezirk Hüsten
hier: Anfrage von Ausschussmitglied Henning Mörchen

Ausschussmitglied Henning Mörchen erkundigt sich, ob der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als Denkmalfachbehörde auf den Abrissantrag reagiert hat. Frau Rübke berichtet, dass der LWL sein Einvernehmen nicht erteilt hat. Von städtischer Seite wird nun versucht, einen neuen Antrag auf Abriss zu stellen. Ggf. wird es im weiteren Verfahren auf eine Entscheidung des zuständigen Ministeriums hinauslaufen.

Christoph Schmidt
Ausschussvorsitzender

Guido Gerte
Schriftführer

Arnsberg, 15.02.2024